

# newsletter\*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

---

## Inhaltsverzeichnis

- |    |  |    |  |
|----|--|----|--|
| 02 | Etatplan 2016 erneut ohne neue Schulden  | 11 | Strategien gegen islambezogene Radikalisierung               |
| 03 | Haushaltsdebatte im Bundestag  | 13 | Gesetzespaket zu Nachrichtendiensten bis Jahresende schnüren |
| 05 | Gabriel: Flüchtlinge helfen beim Fachkräftemangel                                  | 15 | Tag der Ein- und Ausblicke des Deutschen Bundestages         |
| 07 | So sehen die Maßnahmen der Koalition in der Flüchtlingspolitik aus                 | 16 | SPD-Fraktion trauert um Egon Bahr                            |
| 09 | SPD-Fraktion berät zu Flüchtlingen, Pflege, sozialem Wohnraum und digitalem Wandel |    |  |

---

### IMPRESSUM

**HERAUSGEBERIN** SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB,  
PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

**REDAKTION UND TEXTE** JASMIN HIHAT, STEFAN HINTERMEIER, ALEXANDER LINDEN, ANJA LINNEKUGEL, MARIA MUSSOTTER

**TELEFON** (030) 227-51099 / **E-MAIL** REDAKTION@SPDFRAKTION.DE  
**REDAKTIONSSCHLUSS:** 11.09.2015 13.00 UHR

## TOP-THEMA

## Haushaltswoche: Etatplan 2016 erneut ohne neue Schulden

Die Sommerpause ist um, und traditionell beginnt die neue Plenarzeit mit der so genannten Haushaltswoche. In dieser Sitzungswoche berät der Bundestag über den Haushalt für das Jahr 2016. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat an diesem Dienstag den Haushaltsentwurf (Drs. 18/5500, 5501) der Regierung vorgestellt.

Bis zum Ende der Woche werden in zumeist 105-minütiger Debatte die Einzelpläne der Ministerien beraten. Am Mittwoch ist die vierstündige Generalaussprache geplant, am Freitag die Schlussrunde zum Haushaltsgesetz.

Im Haushaltsentwurf der Koalition sind Ausgaben in Höhe von 312 Milliarden Euro geplant. Das sind 10,4 Milliarden Euro mehr als in diesem Jahr vorgesehen sind (2015: 301,6 Milliarden Euro). Der Entwurf sieht aber keine Aufnahme neuer Kredite vor.

Dem Ausgabenplus stehen geplante Steuermehreinnahmen in Höhe von 10,62 Milliarden Euro gegenüber.

Der Haushalt 2016 und der Finanzplan bis 2019 kommen ohne neue Schulden aus – Jahr für Jahr. Damit trägt der Bund maßgeblich dazu bei, das Ziel zu erreichen, die gesamtstaatliche Schuldenquote innerhalb von zehn Jahren auf unter 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu senken – so wie es die europäischen Regelungen vorschreiben

In der allgemeinen Finanzdebatte zur Einbringung des Haushalts am Dienstagmorgen sagte SPD-Fraktionsvize Carsten Schneider, dem florierenden Arbeitsmarkt und der Zinersparnis (allein in diesem Jahr 20 Milliarden Euro) sei es zu danken, dass die Lage in Deutschland so gut sei. Deshalb könnten die Herausforderungen durch die Flüchtlingskrise gemeistert werden. Er verwies auf die Reserven, die dafür genutzt werden könnten.

Schneider machte deutlich, dass die hohe Binnennachfrage auch mit dem von der SPD-Fraktion durchgesetzten Mindestlohn zusammenhänge. Er mahnte zugleich aber weitere Investitionen des Staates an – bei der Infrastruktur ebenso wie etwa beim Kitausbau.

Der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion Johannes Kahrs lobte die Beschlüsse der Koalition, 6 Milliarden Euro zur Bewältigung der hohen Flüchtlingszahlen zu mobilisieren. „Das ist sehr viel Geld“, sagte Kahrs. Er betonte, dass dazu noch die 3000 neuen Stellen bei der Bundespolizei kommen und 1000 neue Stellen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Besonders wichtig sei ihm aber die Botschaft, dass der Staat trotz all der Anstrengungen für Flüchtlinge die sonstigen Aufgaben weiter erledigen werde: „Wir werden nicht eine Gruppe gegen eine andere ausspielen, sondern weiterhin helfen, weiterhin investieren und weiter unsere normalen Hausaufgaben machen, damit dieser Staat weiter funktioniert und so erfolgreich bleibt.“ Der Haushalt 2016 stelle langfristige Weichen.

### Der Bundeshaushalt 2016:

Mit diesem Haushaltsentwurf erhöht die Koalition die Zukunftsinvestitionen: ein erster Teil des Investitionspaketes von 10 Milliarden Euro wird 2016 umgesetzt. Außerdem geht es auch mit dem im Koalitionsvertrag vereinbarten Maßnahmenpaket von insgesamt 23 Milliarden Euro weiter. Damit stärkt die Koalition vor allem Ausgaben in die öffentliche Infrastruktur, Energieeffizienz, Bildung und Kinderbetreuung

Zugleich sind die steuerlichen Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger mit einem Volumen von mehr als 5 Milliarden Euro durch die Anhebung des Grundfreibetrags, des Kinderfreibetrags, des Kindergeldes, des Kinderzuschlags, des Alleinerziehendenfreibetrages und der Verschiebung der Tarifgrenzen anteilig im Haushalt berücksichtigt.

Ein besonderer Schwerpunkt bleibt die Unterstützung für finanzschwache Kommunen: Bereits mit dem Nachtragshaushalt 2015 hatte der Bund 3,5 Milliarden Euro für einen Kommunalinvestitionsförderungsfonds bereitgestellt. Mit diesem Sondervermögen gewährt er den Ländern in den Jahren 2015 bis 2018 Finanzhilfen für Investitionen in finanzschwachen Kommunen.

Die pauschale Entlastung der Kommunen und Länder bei der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern hat das Kabinett für 2015 unlängst auf 1 Milliarde Euro verdoppelt. Für 2016 haben die Koalitionsspitzen am vergangenen Sonntag zusätzliche Ausgaben des Bundes von 6 Milliarden Euro im Zusammenhang mit den Flüchtlingen beschlossen. Gemeinsam mit den Ministerpräsidenten der Länder soll am 24. September eine vollständige Einigung erreicht werden.

Auch die innere Sicherheit wird durch zusätzliche Mittel erheblich gestärkt, zum Beispiel für:

- die Sicherheitsbehörden, wie das Bundeskriminalamt, die Bundespolizei und das Bundesamt für Verfassungsschutz sowie für den Bereich der Cybersicherheit zugunsten des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik,
- den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben,
- die Luftsicherheit
- rund 800 weitere Stellen wurden zur Stärkung der Inneren Sicherheit und für die IT-Sicherheit zusätzlich aufgebracht
- Für die äußere Sicherheit wird der Verteidigungshaushalt nachhaltig aufgestockt.

Wichtig ist, dass der Bund weiter an dem Ziel festhält, keine neuen Schulden zu machen. Die aktuelle Situation zeigt, wie wichtig die seriöse Finanzpolitik der vergangenen zwei Jahre war. Für die SPD-Bundestagsfraktion bedeutet das: Solide Finanzen und eine wachstumsorientierte, impulsgebende Finanzpolitik schließen sich nicht aus – im Gegenteil, sie bedingen einander.

## Haushaltsdebatte im Bundestag

Normalerweise ist die Generaldebatte in der Haushaltswoche die Gelegenheit für die Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, sich mit der Politik der Bundesregierung auseinanderzusetzen. Die Opposition nutzt die so genannte Elefantenrunde für einen Rundumschlag. Diesmal allerdings war die Aussprache gekennzeichnet von der Flüchtlingskrise.

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Thomas Oppermann lobte in seiner Rede die große Hilfsbereitschaft der Deutschen gegenüber den Flüchtlingen und ihre offene Haltung. Vor allem die Willkommensbilder der Münchner am Hauptbahnhof beeindruckten ihn sehr. Oppermann: „Dafür möchte ich allen Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes und allen ehrenamtlichen Helferinnen Helfern meinen tiefen Dank aussprechen.“

Dank dieser Helfer zeige sich Deutschland „der ganzen Welt von seiner besten Seite“. In der Flüchtlingskrise sei zu sehen, „welch unschätzbaren Wert eine mitfühlende, aktive und gut organisierte Zivilgesellschaft hat“.

Für Oppermann gehört diese Hilfsbereitschaft zu den „wertvollsten Ressourcen unserer Gesellschaft“. Sie mache das Land stark, halte es zusammen, und sie ermögliche es, „dass wir gemeinsam sagen können: Wir schaffen das!“

Er betonte auch, dass Deutschland ein starkes Land sei, woraus eine besondere Verantwortung erwachse, auch in Zukunft mehr Flüchtlinge aufzunehmen als andere. Aber: „Allein mit Schweden und Österreich werden wir es nicht schaffen. Die Flüchtlingsfrage kann nicht auf der Ebene einzelner Länder gelöst werden, sie verlangt nach einer europäischen Antwort.“

Denn wenn sich die EU nicht auf eine faire Verteilung der Flüchtlinge einigt, dann sei eine der größten Errungenschaften Europas in Gefahr, nämlich die offenen Grenzen.

Oppermann forderte deshalb einheitliche Asylregeln in ganz Europa. Der Grund: „Nur, wenn Flüchtlinge innerhalb Europas gleich behandelt werden, wird der Verschiebepfehl für Flüchtlinge in Europa enden.“

### **Fluchtursachen stärker bekämpfen**

Er forderte aber auch, die Fluchtursachen in den Heimatländern stärker zu bekämpfen. Dazu gehöre es, die Anrainerstaaten zu unterstützen. In Jordanien, Syrien und der Türkei verlassen jeden Tag viele Menschen die Flüchtlingslager, weil dort die Lage katastrophal ist. Oppermann bat Entwicklungshilfeminister Müller zu prüfen, welche Umschichtungen im Entwicklungsetat möglich sind.

Ihm ist es wichtig, zu zeigen, dass der Staat die Lage in Deutschland im Griff hat und fähig ist, die Aufnahme der Flüchtlinge so zu gestalten, „dass der soziale Zusammenhalt in der Gesellschaft nicht verloren geht“. Oppermann erläuterte in dem Kontext das am Wochenende beschlossene Maßnahmenpaket der Koalition, mit dem die Länder und Kommunen bei der Flüchtlingshilfe massiv unterstützt werden. Im Parlament sagte der Fraktionschef: „Unser Ziel ist es, dass nur noch Asylbewerber mit Bleibeperspektive an die Kommunen weiterverteilt werden. Denn die Kommunen sollen sich voll auf ihre Integrationsaufgabe konzentrieren können. Dazu wird der Bund neue Erstaufnahmeplätze finanzieren und das Abweichen von Baustandards erlauben.“ Er betonte, dass der Bund Länder und Kommunen mit 3 Milliarden Euro bei der Asylbewerberaufnahme unterstützen wird.

Stichwort Integration der Asylbewerber: Die Koalition richtet jetzt ihre volle Konzentration auf KITAS und Schule, Spracherwerb, Ausbildung und Beschäftigung, kündigte Oppermann an. Für ihn ist klar: „Jeder Euro, den wir heute in Ausbildung und Qualifizierung stecken, wird sich in Zukunft um ein Vielfaches auszahlen.“

Mit Blick auf die Asylbewerber aus dem Balkan, die keine Chance auf Asyl hier haben, forderte Oppermann erneut ein Einwanderungsgesetz, mit dem sich die Nachfrage nach gut ausgebildeten Arbeitnehmern steuern lässt.

### **Facebook und Twitter stärker in die Pflicht nehmen**

Sehr deutlich kritisierte der Fraktionsvorsitzende die rechte Hetze, die sich derzeit in einigen Kommunen und auf sozialen Medien Bahn bricht. Facebook und Twitter müssten stärker prüfen, was gelöscht werden muss: „Das Internet darf nicht zu einem Ort des Hasses und der Hetze gegen Ausländer werden“, sagte Oppermann.

Er widmete sich in seinen Ausführungen auch der guten wirtschaftlichen Lage Deutschlands. Es sei gut, dass Deutschland mit dem Mindestlohn, hohen Tarifabschlüssen und steigender Kaufkraft eine starke Binnenwirtschaft als zweites wirtschaftliches Standbein neben dem Export habe.

Der Haushaltsentwurf 2016 ist der dritte in Folge ohne neue Schulden. Und Oppermann lobte: „Jetzt zeigt sich, wie richtig es war, in guten Jahren für einen ausgeglichenen Haushalt zu sorgen.“ Nicht zuletzt deshalb seien wir heute in der Lage, die zusätzliche Herausforderung der ankommenden Flüchtlinge aus Überschüssen zu bewältigen. „Wirtschaftliche Stärke schafft Kraft zur Solidarität. Diesen Pfad sollten wir weitergehen.“

### **Mehr Haushaltsmittel für Bildung**

In ihrer Rede im Bundestag betonte die stellvertretende Sprecherin der SPD-Arbeitsgruppe Haushalt Bettina Hagedorn die Notwendigkeit, die Fluchtursachen effektiv zu bekämpfen. Die bisher ergriffenen Mittel wie beispielsweise das Frontex-Abkommen, sagt sie, hätten die Situation für Schutzsuchende nur verschlimmert. Sie führten lediglich dazu, dass die Fluchtwege länger und gefährlicher würden. Flüchtlinge ließen sich durch Zäune und Grenzen nicht aufhalten. Um die Gefahr für die Flüchtlinge zu verhindern, müsse die Politik nun handeln.

Aus dem Haushalt müssten Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit der Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt für Flüchtlinge und somit auch deren Integration erleichtert wird. Hierzu sollen, fordert Hagedorn, vor allem das individuelle Bildungsangebot und die Kapazitäten der Jobcenter erweitert werden.

Martin Gerster, Mitglied im Haushaltsausschuss, sagte, es stehe der Politik gut an, all den Menschen, die ehrenamtlich helfen, danke zu sagen. Er verwies auf den Stellenzuwachs beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und bei der Bundespolizei. Beides helfe, die Herausforderungen durch die hohe Flüchtlingszahl zu bewältigen. Ihm ist sehr wichtig, die Flüchtlinge nicht nur als "Krise zu sehen, sondern als Chance für unser Land". Gerster kündigte an, im Haushaltsausschuss zu prüfen, inwieweit Gelder weiter aufgestockt werden könnten, etwa beim BKA, um die Schleuser zu bekämpfen und beim Kampf gegen Rechtsextremismus.

Ewald Schurer, auch Mitglied des Haushaltsausschusses, bestärkte in seiner Rede Thomas Oppermann. Er findet ebenso, dass es wichtig sei, das Flüchtlingsaufkommen solidarisch in Europa zu teilen. Deutschland habe nichtsdestotrotz eine besondere Verantwortung gegenüber den Schutzsuchenden. Diese Verantwortung, sagte er, erwachse aus der guten ökonomischen Lage Deutschlands.

## **Gabriel: Flüchtlinge helfen beim Fachkräftemangel**

Die Flüchtlingskrise ist eine Herausforderung für ganz Europa. Doch viele Länder der Europäischen Union weigern sich, Flüchtlinge aufzunehmen. In seiner Rede zum Etat seines Hauses fand Bundeswirtschaftsminister und Vizekanzler Sigmar Gabriel für diese Entwicklung deutlich Worte.

„Europa ist in Gefahr durch wachsenden nationalen Egoismus seiner Mitgliedstaaten“, konstatierte Sigmar Gabriel. Das müsse schnell überwunden werden, „sonst können wir die Menschen nicht mehr von der europäischen Idee überzeugen“. Er stellte klar: „Dass Deutschland Flüchtlinge aufnimmt statt abzuweisen, ist ein Zeichen der Stärke, und das wird auch international so gesehen“. Allein im September seien bis dato 40.000 Flüchtlinge zu uns gekommen. Deshalb reiche es auf europäischer Ebene nicht aus, nur 160.000 Flüchtlinge sozusagen umzuverteilen. „Europa muss deutlich mehr tun!“

Gabriel machte auch deutlich, was in Europa darüber hinaus geschehen muss, damit es gerechter zugeht, zum Beispiel die Ungerechtigkeit beseitigen, dass große Unternehmen wie Starbucks oder Amazon kaum Steuern bezahlen. Auch eine Harmonisierung der Körperschaftsteuer mahnte er an sowie „gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit“.

Die Frage, wie Deutschland mit den Flüchtlingen umgeht, ist auch für Gabriel ein wichtiges Thema. Er lobte die vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer: „Das tut Deutschland gut, und das tut den Flüchtlingen gut“, sagte er. Wichtige Aufgabe des Staates sei es, für eine anständige Integration der Flüchtlinge zu sorgen. Für Gabriel liegen dabei Chancen und Risiken dicht beieinander. „Wenn wir es schaffen, diese Menschen in Arbeit zu bringen, setzen wir auch dem Fachkräftemangel und der Alterung der Gesellschaft etwas entgegen“, erläuterte er. Denn die demografische Entwicklung sei „eine Gefahr für die ganze Gesellschaft“.

Es komme darauf an, Leistungsträger nicht zu Leistungsempfängern zu machen. Er forderte mehr Ausbildungsplätze, denn Flucht dürfe nicht zu jahrelangem Nichtstun führen. Gabriel. „Arbeit zu haben, ist die beste Form von Integration“. Und nur eine Wirtschaft, die wachse, könne die Herausforderungen, vor denen die Gesellschaft stehe, auch tragen.

### **Mehr Markt und Wettbewerb bei der Energiewende**

Damit kam Gabriel zu den Investitionen des Bundes: Bis 2019 wird der Bund 21 Milliarden Euro investieren, einen Großteil in die Digitalisierung und die Infrastruktur (schnelle Leitungen, Straßenbau etc.). Aber auch die Energieeffizienz werde gestärkt, so Gabriel. Zudem habe die Große Koalition „mehr Markt und Wettbewerb bei der Energiewende“ geschaffen und sichere die Existenz von Stadtwerken.

Gabriel betonte, dass viele der avisierten Zukunftsinvestitionen im Osten stattfinden. Aber er sparte auch eine Mahnung an die Privatwirtschaft nicht aus: „Die Wirtschaft bleibt nur stark, wenn private Unternehmen mehr investieren“. Die Koalition tue das Ihre, etwa 750 Millionen Euro zu mobilisieren beim Bürokratieabbaugesetz.

Die deutsche Wirtschaft ist laut Sigmar Gabriel solide und auf Wachstumspfad – das Wachstum dieses Jahr betrage wohl 1,8 Prozent. Er erwartet eine Rekorderwerbstätigkeit in Deutschland von 42 Millionen Menschen. Die Gründe für die gute Konjunktur liegen laut Gabriel unter anderem im niedrigen Ölpreis, den hohen Steuereinnahmen, der Erholung der USA und dem starken Export. Er betonte nochmal die strukturelle und dauerhafte Unterstützung des Bundes für die Länder und Kommunen.

Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Hubertus Heil warnte davor, angesichts der hohen Flüchtlingszahlen eine Deregulierung am Arbeitsmarkt zu verlangen. „Es wird keine Änderung beim Mindestlohn geben“, sagte er mit Blick auf Forderungen, diesen auszusetzen.

Auch Heil machte deutlich, dass rund 60 Prozent der öffentlichen Investitionen des Bundes kommunale Investitionen seien. Die Größenordnung bei der Investition in die Energieeffizienz bezifferte Heil auf rund 1,2 Milliarden Euro.

Für ihn steht fest: „Wir sind ein starkes und mitfühlendes Land, wir haben alle Chancen, die kommenden Herausforderungen zu schaffen. Wir sind nicht auf dem Weg in die Verelendung.“

## FLÜCHTLINGSPOLITIK

# So sehen die Maßnahmen der Koalition in der Flüchtlingspolitik aus

Deutschland ist in diesen Monaten das Zielland einer nie gekannten Zahl von Flüchtlingen, die in unserem Land Sicherheit suchen. Die Koalition hat sich auf ein Maßnahmenbündel geeinigt, das vor allem Länder und Kommunen unterstützt.

Hunderttausendfach begegnen die Menschen in Deutschland den Flüchtenden mit einer nie gekannten Hilfsbereitschaft und Solidarität.

Klar ist aber auch, dass die Gesellschaft diese Herausforderung nur bewältigen kann, wenn es Erfolge im internationalen Kampf gegen die Fluchtursachen (Bürgerkriege, Destabilisation ganzer Staaten und terroristische Gefahren) gibt und Hilfe für die Nachbarländer der Krisengebiete erbracht wird. Vor allem bedarf es innereuropäischer Solidarität und einer gemeinsamen Asyl- und Flüchtlingspolitik der Europäischen Union. Das steht ebenso auf der Tagesordnung wie die Schaffung einer nachhaltigen Infrastruktur für Flüchtlinge und ihre Integration in unser Land.

Der Koalitionsausschuss hat sich am Sonntagabend deshalb mit der aktuellen Flüchtlings- und Asylsituation beschäftigt und sich auf eine gemeinsame Position für das weitere Vorgehen und die anstehenden Gespräche und Entscheidungen auf Ebene der EU und mit den Bundesländern verständigt.

**Im Einzelnen bedeutet das unter anderem:**

## Bund, Länder und Kommunen

### Asylverfahren einschließlich von Rückführungen beschleunigen:

- Priorität haben weiterhin die Beschleunigung der Asylverfahren und der Abbau der beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BMAF) anhängigen Verfahren, u. a. durch die zügige Besetzung der bereits beschlossenen neuen Stellen und der unbürokratischen Gewinnung weiteren Personals für Entscheidungskapazitäten.
- Bei der Bundespolizei werden 3000 zusätzlich Stellen für die kommenden drei Jahre geschaffen.
- Kosovo, Albanien und Montenegro werden durch Gesetzesänderung zu sicheren Herkunftsstaaten bestimmt.
- Die Höchstdauer des Aufenthaltes in Erstaufnahmeeinrichtungen kann bis zu sechs Monate betragen – entsprechend verlängert sich die Residenzpflicht.
- Für Asylsuchende aus sicheren Herkunftsländern verlängert sich der Aufenthalt in der Erstaufnahmeeinrichtung bis zum Ende des Verfahrens und der in der Regel darauf folgenden Rückführung.

### Menschenwürdige Erstaufnahmeeinrichtungen schaffen:

Der Bund wird Länder und Kommunen beim Ausbau von ca. 150.000 winterfesten Plätzen in menschenwürdigen Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge verstärkt unterstützen. Er wird Ländern und Gemeinden alle verfügbaren Plätze in Bundesliegenschaften zur Unterbringung von Flüchtlingen auf Anforderungen sofort und mietzinsfrei zur Verfügung stellen und die Kosten für die Herrichtung übernehmen. Soweit Bundesliegenschaften nicht zur Verfügung stehen, wird der Bund die Schaffung der erforderlichen Plätze finanziell angemessen unterstützen.

In einem Beschleunigungsgesetz soll für einen befristeten Zeitraum für die Bewältigung der aktuellen Asyl- und Flüchtlingssituation die Abweichung von geltenden Regelungen oder Standards ermöglicht werden. Die Länder werden ihrerseits zu entsprechenden Regelungen ermuntert.

**Fehlanreize beseitigen:**

Bargeldbedarf in Erstaufnahmeeinrichtungen soll so weit wie möglich durch Sachleistungen ersetzt werden, und Asylbewerber aus sicheren Herkunftsstaaten sollen bis zum Ende des Verfahrens in den Erstaufnahmeeinrichtungen verbleiben. Die Höchstdauer zur Aussetzung von Abschiebungen wird von 6 auf 3 Monate reduziert.

**Entlastung der Kommunen:**

Der Bund wird zur Bewältigung der Flüchtlings- und Asylsituation die Ansätze im Haushalt 2016 um 3 Milliarden Euro erhöhen und Ländern und Kommunen weitere 3 Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Über die Einzelheiten der Verwendung wird mit den Ländern bis zum 24. September 2015 Einvernehmen erzielt.

**Integration:**

Das Leiharbeitsverbot für Asylbewerber und Geduldete entfällt nach drei Monaten. Um die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen frühzeitig und zielgerichtet zu unterstützen, wird die Koalition die Mittel für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen und für die berufsbezogene Deutschförderung und für qualifiziertes Personal in den Jobcentern entsprechend dem steigenden Bedarf aufstocken.

**Alternativen zum Asylweg:**

Für Angehörige der Staaten des Westbalkan (Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Serbien, Kosovo, Albanien und Montenegro) will die Koalition die Möglichkeiten der legalen Migration aus dem Herkunftsland zur Arbeitsaufnahme in Deutschland schaffen. Wer einen Arbeits- oder Ausbildungsvertrag mit tarifvertraglichen Bedingungen vorweisen kann, soll arbeiten oder eine Ausbildung aufnehmen dürfen.

**Sozialen Wohnungsbau ausbauen:**

Der Bund wird Kommunen und kommunalen Gesellschaften über Konversionsliegenschaften hinaus auch weitere Immobilien und Liegenschaften schnell und verbilligt für den sozialen Wohnungsbau bereitstellen.

**Freiwilliges Engagement:**

Das freiwillige Engagement der Bürgerinnen und Bürger ist von unschätzbarem Wert. Die Koalition wird diese Arbeit unterstützen und beim Freiwilligendienst des Bundes bis zu 10.000 zusätzliche Stellen einrichten.

**Europa**

Doch auch Europa muss seine Flüchtlingspolitik optimieren. Die Herausforderung angesichts der immensen Flüchtlingszahlen kann von der Europäischen Union nur gemeinsam und auf der Grundlage ihrer Werte- und Rechtsordnung bewältigt werden.

Bei den bevorstehenden Treffen auf europäischer Ebene sollen daher folgende Themen im Mittelpunkt stehen:

Es müssen menschenwürdige Aufnahme- und Registrierungseinrichtungen (so genannte Hotspots) in den EU-Mitgliedstaaten geschaffen werden, an deren Außengrenzen der Flüchtlingsandrang besonders groß ist, und es muss eine solidarische und faire Verteilung und Aufnahme schutzbedürftiger Flüchtlinge durch die EU-Mitgliedstaaten geben und eine gemeinsam EU-Liste sicherer Herkunftsländer. Außerdem bedarf es einer grundlegenden

Reform der EU-Asylpolitik mit dem Ziel eines einheitlichen EU-Asylrechts. Nicht zuletzt muss die Schleuserkriminalität massiv und entschlossen bekämpft werden.

## **Bekämpfung der Fluchtursachen und Stabilisierung der Nachbarländer**

Die Koalition prüft, ob ähnlich wie in Niger weitere Anlaufstellen und Einrichtungen in Nordafrika eingerichtet werden können. Außerdem will sie das EU-Engagement zur Bekämpfung der Fluchtursachen in den hauptsächlichen Herkunftsländern durch europäische Mittel verstärken.

Deutschland wird seine Mittel für die Krisenbewältigung- und -prävention ausbauen. Dafür werden die entsprechenden Mittel im Haushalt des Auswärtigen Amtes um jährlich 400 Millionen Euro aufgestockt. Schließlich werden die Visastellen in den Auslandsvertretungen verstärkt.

Christine Lambrecht, Erste Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion, sagt: „Mit den Beschlüssen des Koalitionsausschusses stellt die Koalition ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis. Angesichts der beispiellos hohen Zahl von Flüchtlingen müssen wir jetzt vor allem dafür sorgen, dass die schutzbedürftigen Menschen bei uns menschenwürdig untergebracht und versorgt werden können. Einen zentralen Beitrag werden hierbei die finanziellen Zusagen des Bundes an die Länder und Kommunen leisten.“

Die Einzelheiten müssen jetzt so schnell wie möglich zwischen Bund und Ländern ausgehandelt werden, damit die Mittel fließen können. Nur gemeinsam können wir diese große Herausforderung bewältigen.“

*Hier lässt sich das Papier zu den Ergebnissen des Koalitionsausschusses downloaden:*

[http://www.spdfraktion.de/sites/default/files/2015-09-06\\_ergebkoa-ausschuss.pdf](http://www.spdfraktion.de/sites/default/files/2015-09-06_ergebkoa-ausschuss.pdf)

## **KLAUSUR DER SPD-FRAKTION**

### **SPD-Fraktion berät zu Flüchtlingen, Pflege, sozialem Wohnraum und digitalem Wandel**

Kurz vor Beginn der Haushaltswoche im Bundestag ist die SPD-Fraktion in Mainz zusammengekommen, um über drängende politische Themen zu beraten und um ihr weiteres Vorgehen abzustecken. Klar, dass auch hier die Flüchtlingspolitik Mittelpunkt der Diskussionen war.

Am vergangenen Freitagmorgen stand das wichtige Thema auf der Klausuragenda. Nach einem Input von Martin Schmidt, Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), verabschiedete die Fraktion ein Beschlusspapier mit dem Titel „Geschlossen und entschlossen handeln“. Darin heißt es unter anderem: „Jeder Anschlag auf Asylsuchende, Flüchtlingsunterkünfte oder Menschen, die Flüchtlingen helfen, ist ein Angriff auf unsere freiheitliche Grundordnung und muss mit allen Mitteln des Rechtsstaates verfolgt werden.“

#### **Beschlusspapier "Flüchtlingspolitik: Geschlossen und entschlossen handeln":**

Das Positionspapier befasst sich mit der deutschen, aber auch mit der europäischen Dimension des Flüchtlingsdramas. Deutschland sei durch die vielen Flüchtlinge „zwar gefordert, aber nicht überfordert“. Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, die Erstaufnahmestellen zu erweitern und die bewilligten neuen Stellen beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) schnell zu besetzen. „Wir wollen die Verfahren beschleunigen“, sagte SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann.

Die SPD-Fraktion setzt sich daher für 100.000 zusätzliche Erstaufnahme-Plätze ein. Der Bund müsse dabei den Ländern mindestens die Hälfte abnehmen und entsprechende Plätze bereitstellen, forderte Oppermann. Vor allem diejenigen Anträge, die voraussichtlich negativ beschieden werden, sollen schneller bearbeitet werden. Ziel ist es, „dass von den Erstaufnahmeeinrichtungen nur noch Flüchtlinge mit einer klaren Bleibeperspektive an Kommunen weitergeleitet werden“, betonte Oppermann. Zudem heißt es im Beschluss der SPD-Fraktion: „Wir unterstützen die Verstärkung personeller Kapazitäten in ausgewählten Botschaften, um die Zusammenarbeit mit den Herkunftsländern zu verbessern. Den Verheißungen der organisierten Schleuserkriminalität und den Gerüchten, insbesondere in den sozialen Netzwerken, muss durch Aufklärung ein objektives Bild der asyl- und aufenthaltsrechtlichen Chancen in Deutschland entgegen gesetzt werden.“

Die Sozialdemokraten fordern zudem eine dauerhafte, strukturelle Unterstützung der Länder und Kommunen durch den Bund. Man werde „viel Geld in die Hand nehmen“, sagte Fraktionschef Thomas Oppermann der Presse am Freitagvormittag. Bei 800.000 Flüchtlingen rechnet er mit einer „Größenordnung von 3 Milliarden Euro plus X“.

Um nicht die Fehler aus der Gastarbeiterzeit zu wiederholen, ist es der SPD-Fraktion sehr wichtig, Asylbewerber und Geduldete schnellstmöglich in Deutschland zu integrieren. Sie müssen schnell die deutsche Sprache erlernen können und in Kitas, Schulen und den Arbeitsmarkt integriert werden, sofern sie eine Bleibeperspektive haben.

Die SPD-Fraktion macht in ihrem Papier auch erneut Druck, ein modernes Einwanderungsgesetz auf den Weg zu bringen, das die Asylverfahren entlastet.

Hinsichtlich der europäischen Verantwortung in der Flüchtlingsfrage ist für die SPD-Abgeordneten klar: Die Europäische Union kann nur als Solidargemeinschaft gelingen. Ziel muss eine faire, nachvollziehbare Quote bei der Aufnahme von Flüchtlingen sein. Dafür setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion mit Nachdruck ein.

Die Fraktion hat auf ihrer Klausur drei weitere Papiere verabschiedet: „Gesellschaftliche Teilhabe in der digitalen Gesellschaft stärken“, „Nur gute Arbeitsbedingungen sichern die Pflege von morgen“ und „Wohnungsbau fördern und bezahlbaren Wohnraum schaffen“:

#### **Beschlusspapier „Gesellschaftliche Teilhabe in der digitalen Gesellschaft stärken“:**

Nur wenn Menschen über das Internet, dessen Funktionsweise und die Besonderheiten digitaler Räume informiert sind, können sie sich souverän in diesen bewegen. Dabei ist es notwendig, alle Menschen gleichermaßen anzusprechen. Andernfalls wird die "digitale Gesellschaft" einigen wenigen sozial oder technologisch Privilegierten vorbehalten bleiben. Neben der flächendeckenden Bereitstellung schneller Internetverbindungen ist für die SPD-Fraktion die "digitale Bildung" der „wichtigste Schlüssel zur Teilhabe in der digitalen Gesellschaft“.

Unter anderem soll ein Bewusstsein für Inhalte und deren Richtigkeit geschaffen werden. Andernfalls drohe die Gefahr, wie jüngst beim Thema Flüchtlinge zu beobachten, „dass Hassreden die Lufthoheit über das Netz und die digitale Gesellschaft gewinnen“. Zudem spricht sich die SPD-Fraktion für einen verpflichtenden Informatikunterricht an Schulen und die kreative Einbindung digitaler Medien in alle Unterrichtsfächer aus.

Im Beschlusspapier stellt die SPD-Fraktion zudem Maßnahmen für eine moderne, transparente Verwaltung vor. Geht es nach den Sozialdemokraten, sollen zukünftig bürokratische Verfahren vereinfacht werden. Behördengänge sollen beispielsweise zeitsparend online erledigt und politische Entscheidungsprozesse noch transparenter nachvollzogen werden können.

In dem Zusammenhang diskutierte die Fraktion am Donnerstag mit dem Wissenschaftsjournalisten Ranga Yogeshwar und dem EU-Kommissar für Digitales Günther Oettinger (CDU) über Aspekte des digitalen Wandels und wie man ihn positiv gestalten könnte.

#### **Beschlusspapier "Nur gute Arbeitsbedingungen sichern die Pflege von morgen!":**

Ein ebenfalls drängendes Anliegen der Sozialdemokraten ist die Sicherung guter Pflege. Denn immer mehr Menschen werden in Zukunft pflegebedürftig sein. Die SPD-Bundestagsfraktion verfolgt seit mehreren Jahren einen Reformkurs der Pflegeversicherung.

Eine Hauptforderung aus dem Beschlusspapier: In der Pflege muss ein Personalschlüssel sicherstellen, dass genügend Personal zur Verfügung steht, um eine qualitativ hochwertige Pflege zu gewährleisten. Das soll im Rahmen des Pflegestärkungsgesetzes II umgesetzt werden. „Wir wollen weg von der Minutenpflege“, betonte SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann bei der Abschluss-Pressekonferenz.

Außerdem ist es der SPD-Fraktion wichtig, die Pflege-Arbeitskräfte gerecht zu bezahlen. Um das voranzutreiben, stärkt die SPD-Bundestagsfraktion mit ihren Vorhaben Pflegeeinrichtungen, die tarifgebunden entlohnen. Gleichzeitig soll vermieden werden, dass Pflege im Alter zum Luxusgut wird. Dazu soll die Pflegeversicherung in eine Pflege-Bürgerversicherung überführt werden. Sie ist die solidarische Alternative zum Zwei-Klassen-System der Pflegeversicherung.

#### **Beschlusspapier "Wohnungsbau fördern und bezahlbaren Wohnraum schaffen!":**

Um den Bedarf besonders in Regionen mit angespannten Wohnungsmärkten zu decken, müssen in den nächsten 15 Jahren mindestens 270.000 neue Wohnungen jährlich gebaut werden. Sie sollen Menschen mit unteren und mittleren Einkommen bezahlbaren, guten und energiesparenden Wohnraum bieten. Das gilt für deutsche Staatsbürger ebenso wie für Migranten und Geflüchtete. Nur wenn bezahlbarer Wohnraum wirklich für alle zugänglich ist, kann die Stadt ein gesundes und sicheres Lebensumfeld für alle werden, schreiben die Sozialdemokraten. Um dieses Ziel zu verwirklichen, müssen Bund, Länder und Kommunen stärker als bisher zusammenarbeiten.

Die SPD-Fraktion fordert in ihrem Beschlusspapier unter anderem eine Verdopplung der Mittel für den sozialen Wohnungsbau. Andererseits sollen in Städten, die von Abwanderung betroffen sind, Mittel zur Stadtentwicklung bereitgestellt werden.

Die Sozialdemokraten sprechen sich zudem für zusätzliche Anreize für Neubauinvestitionen aus, die sich explizit an private Investoren und an Bund und Länder richten.

Und nicht zuletzt sollen innovative flexible Wohnkonzepte, die auf das Leben in der Stadt angepasst sind, besser gefördert werden.

*Die Beschlusspapiere sind online zu finden unter:*

<http://www.spdfraktion.de/themen/spd-fraktion-ber%C3%A4t-zu-fl%C3%BChtlingen-pflege-sozialem-wohnraum-und-digitalem-wandel>

## **INNERES**

### **Strategien gegen islambezogene Radikalisierung**

Innerhalb der salafistischen Strukturen in Deutschland radikalieren sich immer mehr junge Menschen und schließen sich Terrororganisationen an. Diesem gefährlichen Trend wollen die SPD-Innenexperten Burkhard Lischka und Uli Grötsch nachhaltig entgegenwirken. Vor der Presse stellten sie ein gemeinsames Strategiepapier vor.

Die Koalition hat einige sehr wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung des islamistischen Terrorismus auf den Weg gebracht. Bisher haben jedoch die meisten Regelungen hauptsächlich repressiven Charakter. "Repression ist für uns aber nur ein Aspekt der Thematik: Wir setzen gleichermaßen auf die vier Stellschrauben Prävention, Integration, Intervention und Repression", sagen Burkhard Lischka und Uli Grötsch, Innenpolitiker der SPD-Bundestagsfraktion.

Die Zahl der Salafisten habe sich in Deutschland vervierfacht. Es gehe darum, "den Kampf um die Herzen und Köpfe dieser jungen Menschen zu gewinnen", betont Lischka.

Vor der Presse haben die beiden Experten ein gemeinsames Strategiepapier vorgestellt, in dem es darum geht, gegen die islambezogene Radikalisierung vorzugehen. Begleitet wurden sie dabei von Thomas Krüger, dem Chef der Bundeszentrale für Politische Bildung, und Chalid Durmosch, einem interreligiösen Trainer mit Imamausbildung vom Verein "Violence Prevention Network".

Als einen der Gründe für die Zunahme islamistischer Gewaltbereitschaft machen Lischka und Grötsch schlechte soziale Integration und mangelnde Zukunftsperspektiven aus. Wörtlich heißt es in dem Papier: "Das gilt nicht nur für Menschen mit Migrationshintergrund, sondern in gleichem Maße für deutsche Konvertiten. Sie suchen nach Anerkennung und Identität. In salafistischen Gemeinden glauben sie diese Anerkennung zu finden."

Anhand von vier Punkten zeigen Lischka und Grötsch auf, wie religiöser Fanatismus frühzeitiger verhindert werden kann:

#### **Aufklärung, Bildung, Teilhabe**

Bei der Vermittlung von Werten fällt den Schulen eine wichtige Rolle zu. Schülerinnen und Schüler, die sich intensiv mit ihrem Glauben auseinandersetzen und sich mit Lehrern, Mitschülern und Eltern darüber austauschen, laufen weniger Gefahr, sich zu radikalieren. Diesen Ansatz gilt es zu unterstützen und weiter zu verfolgen.

In sozialen Netzwerken und Videoportalen verbreitet sich Propagandamaterial besonders schnell. Salafisten nutzen diesen Weg um möglichst viele junge Menschen zu erreichen. Jugendlichen fehlt häufig aber die Kompetenz, zwischen sachlichem Informationsmaterial und Propaganda zu unterscheiden. Diese Kompetenz müssen sie erlernen. Ein wichtiger Partner ist hierbei die Bundeszentrale für Politische Bildung (bpb). Deren finanzielle Ausstattung muss daher in jedem Falle auf dem bisherigen Niveau verstetigt werden.

Eine nachhaltige Präventionsstrategie kann nur unter Mitwirkung der Zivilgesellschaft umgesetzt werden. Projektarbeit von Organisationen, Vereinen und Verbänden vor Ort ist ein wesentlicher Bestandteil. Programme wie „Wegweiser“ und „Violence Prevention Network“ müssen in allen Bundesländern aufgebaut und auf Bundesebene ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch zu den „best practices“ stattfinden.

Zu diesem Zweck soll eine Beratungsstelle auf Bundesebene eingerichtet werden. "Wir wollen den Bundesländern damit nicht in ihre Kompetenzen reinreden, sondern den Austausch fördern", erklärt Grötsch. Beim Bund fehle bis dato solch eine Vernetzungsstelle.

Die nach dem Beispiel von „Wegweiser“ ins Leben gerufenen Länderprogramme sollen aus dem Etat des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend / Mitteln des Programms „Demokratie leben!“ unterstützt werden.

### **Aussteigerprogramme**

Für diejenigen, die bereits Kontakt zu salafistischen Organisationen hatten oder Mitglieder sind und aussteigen wollen, muss mehr Unterstützung angeboten werden. Ebenso müssen desillusionierte Rückkehrer aus Kampfgebieten wieder in die Gesellschaft eingegliedert werden. Sie dürfen nicht alleine gelassen werden und brauchen professionelle Hilfestellung. Aber nicht nur die betroffenen Personen selbst, sondern auch ihre Angehörigen und Freunde brauchen eine Anlaufstelle.

### **Verfassungsschutzbehörden einbinden**

Das Bundesamt für Verfassungsschutz und die Landesämter für Verfassungsschutz müssen in die Präventionsarbeit eingebunden werden. Aufgabe der Verfassungsschutzämter soll es dabei sein, fachliche und wissenschaftliche Expertise für die in den Bereichen Prävention und Intervention tätigen Organisationen bereitzustellen und damit in die Präventionsarbeit einfließen zu lassen.

### **Prävention in Justizvollzugsanstalten**

Häftlinge brauchen in einer JVA genauso wie in Freiheit ein soziales Netzwerk und Vertrauenspersonen. Ein Imam kann diesen Personen Halt geben. Christliche Seelsorger gibt es bereits in Gefängnissen. In Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen werden inzwischen auch Imame als Seelsorger berufen. Die Sozialdemokraten wollen flächendeckend Imame in JVAen hauptamtlich einbinden.

Sie müssen besonders geschult werden und gemeinsam von den zuständigen Behörden und muslimischen Verbänden und Vereinen für diese Arbeit ausgewählt werden. Es muss sichergestellt sein, dass kein Hassprediger unter dem Deckmantel der Seelsorge in Gefängnissen tätig werden kann. "Die Justizvollzugsanstalten dürfen nicht zu Brutstätten für Radikalisierung werden", warnt Lischka.

Lischka und Grötsch betonen ausdrücklich: "Wir sehen den Islam als friedliche Religion, die Teil unseres Landes und unserer Gesellschaft ist. Wir wollen Verantwortung übernehmen und ein breites Netzwerk in allen Schichten und Sparten unserer Gesellschaft knüpfen. Wir stellen uns der Verantwortung, als politische Akteure Vermittler und Motor in der Präventions- und Interventionsarbeit zu sein." Das Papier solle nun Denkanstöße geben.

*Das Papier steht hier zum Download bereit:*

[http://www.spdfraktion.de/sites/default/files/strategien\\_gegen\\_islambezogene\\_radikalisierung.pdf](http://www.spdfraktion.de/sites/default/files/strategien_gegen_islambezogene_radikalisierung.pdf)

## **NSA-UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS**

### **Gesetzespaket zu Nachrichtendiensten bis Jahresende schnüren**

In der ersten Sitzungswoche nach der Sommerpause erläuterte der SPD-Obmann im NSA-Untersuchungsausschuss, Christian Flisek, in einem Pressegespräch, worauf es den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in den kommenden Monaten ankommt.

Der SPD-Obmann machte deutlich, dass es seiner Fraktion darauf ankomme, Konsequenzen aus der NSA-Affäre nicht erst am Ende der Legislaturperiode im Bericht des Ausschusses zu formulieren, sondern noch in dieser Legislaturperiode die notwendigen Reformen gesetzlich zu verankern. „Als einzige Fraktion im Bundestag hat die SPD im Juni dazu Eckpunkte vorgelegt, wie die Auslandsaufklärung auf eine effektive und verfassungsrechtlich einwandfreie

gesetzliche Grundlage gestellt werden kann“, betonte Flisek. Dabei gehe es nicht nur darum, für die Auslandsfernmeldeaufklärung eine Rechtsgrundlage zu schaffen, sondern auch unter Berücksichtigung von Artikel 10 des Grundgesetzes (Schutz des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses) strenge normative Vorgaben zu machen, unter welchen Voraussetzungen eine Überwachung durchgeführt werden darf. Außerdem will die SPD-Fraktion einen besonderen Schutz für EU-Bürgerinnen und Bürger erreichen und jede Beteiligung an Wirtschaftsspionage verbieten. Die Kontrolle der Fernmeldeaufklärung des BND soll durch die G10-Kommission erfolgen, die für diese Aufgabe auch personell gestärkt werden muss. „Wir können nicht immer nur auf die USA zeigen, sondern sollten selbst mit klaren rechtlichen Regelungen international ein starkes Signal geben“, sagte Flisek.

Darüber hinaus haben die Abgeordneten der SPD im Parlamentarischen Kontrollgremium (PKGr), das für die Kontrolle der Nachrichtendienste zuständig ist, Vorschläge entwickelt, wie das Gremium schlagkräftiger werden kann. Dafür sei ein „Ständiger Bevollmächtigter“ vorgesehen, der als „verlängerter Arm“ des PKGr die strukturelle Kontrolle der Nachrichtendienste gewährleisten soll, erläuterte Flisek. Der Bevollmächtigte soll darüber hinaus an der Spitze des Personals von PKGr und G10-Kommission stehen, das mindestens zwei Dutzend qualifizierte Mitarbeiter umfassen soll. „Der Ständige Bevollmächtigte ist kein Geheimdienstbeauftragter“, unterstrich Flisek, sondern er sei dem PKGr gegenüber weisungsgebunden und erstatte nur dem Gremium Bericht: „Damit bleiben die Abgeordneten im vollen Umfang für die parlamentarische Kontrolle der Nachrichtendienste verantwortlich.“

Sowohl die Eckpunkte zur Reform der Auslandsaufklärung als auch die Stärkung des PKGr befinden sich in der Abstimmung mit der Union. Dazu gibt es auf Arbeitsebene bereits Gespräche mit dem Bundeskanzleramt. Ziel der SPD-Fraktion sei es, so Flisek, zum Jahresende ein Gesetzespaket zu den Nachrichtendiensten zu schnüren, das ihre Vorschläge möglichst umfassend berücksichtige.

#### **Graulich will Ausschuss zur Selektorenliste im November informieren**

Kurt Graulich, der seit Juli als unabhängige und sachverständige Vertrauensperson im Bundeskanzleramt Einblick in die Selektorenliste des Bundesnachrichtendienstes erhält, habe die Sommermonate genutzt, um sich intensiv in die komplexe Materie einzuarbeiten, berichtete Flisek: „Dass Herr Graulich kritisch und unabhängig ist und sich nicht instrumentalisieren lässt, hat er mit seinem Aufsatz zur Vorratsdatenspeicherung erst kürzlich bewiesen.“ Der ehemalige Richter am Bundesverwaltungsgericht war auf Vorschlag des Parlaments von der Bundesregierung für diese Aufgabe eingesetzt worden. Aufgrund der Ergebnisse eines Konsultationsverfahrens mit den USA hatte die Bundesregierung entschieden, den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses selbst keinen Einblick in die Liste zu gewähren. Diese so genannte Selektorenliste enthält unzulässige Suchmerkmale, die der US-amerikanische Nachrichtendienst NSA im Rahmen einer Kooperation mit dem BND zur Terrorismusbekämpfung in dessen Überwachungssysteme eingespeist haben soll. Darunter sollen sich Telefonnummern, E-Mail- und IP-Adressen von Unternehmen und europäischen Regierungen befinden. Graulich prüfe die Liste, um eine umfassende Analyse und Einordnung der Selektoren vornehmen zu können, sagte Flisek. Seine Bewertung werde er dem Ausschuss am 5. November mitteilen. Flisek plädierte dafür, dass dies so weit wie möglich öffentlich erfolge.

#### **Ab Oktober soll Ausschuss zu Komplex „Geheimer Krieg“ ermitteln**

Der SPD-Obmann sprach sich außerdem dafür aus, dass sich der NSA-Untersuchungsausschuss ab Oktober mit dem Untersuchungskomplex „Geheimer Krieg“ befassen solle. Dabei soll der Ausschuss laut Einsetzungsbeschluss des Deutschen Bundestages insbesondere folgenden Fragen nachgehen:

- Haben US-amerikanische Stellen auf deutschem Staatsgebiet oder von diesem ausgehend Telekommunikationsüberwachungen, Festnahmen oder gezielte Tötungen durch Kampfdrohneinsätze durchgeführt oder veranlasst?
- Welche Erkenntnisse lagen Stellen des Bundes zu welchem Zeitpunkt hierüber gegebenenfalls vor?
- Waren deutsche Stellen an der Vorbereitung oder Durchführung derartiger Maßnahmen gegebenenfalls in irgendeiner Form beteiligt oder haben sie gebilligt?
- Welche Reaktionen auf solche Erkenntnisse waren gegebenenfalls geboten und welche wurden ergriffen?

## VERANSTALTUNG

# Tag der Ein- und Ausblicke des Deutschen Bundestages

Viele Tausend Gäste nutzten den „Tag der Ein- und Ausblicke“ des Deutschen Bundestages am vergangenen Sonntag, um sich mit ihren „Zukunftsideen“ an einem Projekt der SPD-Fraktion für „neue Gerechtigkeit“ zu beteiligen.

Was können wir tun, damit Deutschland auch in Zukunft ein offenes und sicheres, ein wohlhabendes und gerechtes Land bleibt? Die SPD-Bundestagsfraktion will voraus denken. Im Rahmen eines breit angelegten Dialogs mit Fachleuten und interessierten Bürgerinnen und Bürgern wird sie daher in den kommenden Monaten Antworten auf zentrale Zukunftsfragen erarbeiten – um Herausforderungen wie die Digitalisierung, den demografischen Wandel und die Globalisierung gerecht zu gestalten.

Ihr "Projekt Zukunft – #NeueGerechtigkeit" startet offiziell mit einem „Zukunftskongress“ am 21. September 2015. Beim "Tag der Ein- und Ausblicke" nutzten Hunderte die Möglichkeit, sich schon vorab mit den SPD-Abgeordneten über die Reforminitiative auszutauschen – und ihre Zukunftsideen an Dialogwänden zu hinterlassen.

Mehr als 300 Anregungen kamen zusammen, die nun in die Arbeit der sechs Projektgruppen einfließen werden.

Viele Gäste nutzten außerdem die Gelegenheit, sich über die Geschichte der SPD im Bundestag zu informieren, den SPD-Fraktionssaal („Otto-Wels-Saal“) im Reichstagsgebäude zu besichtigen und auch einmal auf dem Stuhl von Mitgliedern des SPD-Fraktionsvorstands Platz zu nehmen.

Den ganzen Tag über waren SPD-Abgeordnete und Fraktionsmitarbeiter/innen vor Ort, führten Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürgern und verteilten Informationsmaterial wie die Halbzeitbilanz der SPD-Fraktion.

Mindestlohn, Frauenquote, ElterngeldPlus, Rentenreform, Mietpreisbremse, mehr Geld für KITAS, Bildung, Kommunen und Infrastruktur – durch sozialdemokratische Politik werden viele Verbesserungen im Alltag der Menschen spürbar. Und die SPD-Fraktion hat noch viel vor. Das zeigte sich in den zahlreichen Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Der Tag der offenen Tür im Bundestag findet jedes Jahr zum Ende der parlamentarischen Sommerpause statt.

*Impressionen des Tags der Ein- und Ausblicke sind hier zu finden:*

<https://www.flickr.com/photos/spdbundestagsfraktion/albums/72157658273584482>

## GEDENKEN

## SPD-Fraktion trauert um Egon Bahr

Der SPD-Politiker Egon Bahr ist im Alter von 93 Jahren verstorben. Bahr hat die Außenpolitik der Bundesrepublik so nachhaltig geprägt wie wenige sonst.

Als Impulsgeber für den ‚Wandel durch Annäherung‘ und als Architekt der neuen Ostpolitik hat er maßgeblich zu einer schrittweisen Annäherung der beiden deutschen Staaten und zu einem Abbau der Spannungen zwischen West und Ost beigetragen. Seine Auftritte als Bundesminister für besondere Aufgaben an der Seite von Willy Brandt (SPD) sind bereits ein fester Teil der bundesrepublikanischen Geschichtsschreibung.

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Thomas Oppermann sagt: „Egon Bahr sah sich bis ins hohe Alter dem Frieden, der Freiheit und der Verständigung unter den Völkern verpflichtet. Wir trauern um einen aufrechten Sozialdemokraten, engagierten Versöhner und manchmal auch unbequemen Mahner. Unsere Gedanken sind bei seiner Familie und seinen Freunden.“

SPD-Parteichef Sigmar Gabriel sagt: "Ich bin unendlich traurig, mit ihm einen Freund verloren zu haben, der mir in vielen Gesprächen mit seinen überragenden Kenntnissen und großen historischen Erfahrungen Rat gab."

Die politische Lebensleistung Egon Bahrs ist herausragend und wird vor der Geschichte Bestand haben. Er hat zahlreiche Ehrungen für sein politisches Lebenswerk erhalten, seine größte Belohnung jedoch war der Fall der Mauer im November 1989.

Egon Bahr war nicht nur ein großer außenpolitischer Vordenker, sondern hat mit einzigartiger politischer Tatkraft und psychologischem Einfühlungsvermögen seine Konzepte in die Tat umgesetzt. In all seinen Ämtern – auch als Abgeordneter des Deutschen Bundestages sowie als Minister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Bundesgeschäftsführer der SPD – blieb er ein unabhängiger, freier und kreativer Geist, der sich den vorherrschenden Meinungen nicht anpasste, sondern in bester sozialdemokratischer Tradition auf die aufklärerische Kraft der Vernunft und des Wortes setzte. Um unsere Demokratie hat er sich mit dieser Lebensleistung in herausragender Weise verdient gemacht.

Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD sind dankbar, dass er seine Partei stets loyal begleitet hat und werden seine analytische Brillanz, seine Rationalität und Leidenschaft, aber auch sein Temperament und seinen lebenswürdigen Humor sehr vermissen.

**Weitere Informationen gibt es auch hier:**



[www.spdfraktion.de/facebook](http://www.spdfraktion.de/facebook)



[www.spdfraktion.de/googleplus](http://www.spdfraktion.de/googleplus)



[www.spdfraktion.de/twitter](http://www.spdfraktion.de/twitter)



[www.spdfraktion.de/youtube](http://www.spdfraktion.de/youtube)



<http://www.spdfraktion.de/flickr>